

# **Aktuelle Debatte: Austritt aus der Eurozone als Krisenlösung?**

## **Die Linke und die Euro-Zone**

**Joachim Becker**

Die Krise der Peripherie-Ökonomien der Euro-Zone spitzt sich weiter zu. Besonders deutlich wird das am Fall Griechenlands, wo die Ökonomie beschleunigt schrumpft, die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigt und sich die Verschuldungsproblematik weiter verschärft. Ein möglicher Staatsbankrott Griechenlands ist mittlerweile ein offen diskutiertes Thema.

Die Mainstream-Debatte stellt nach wie vor primär auf das Budgetdefizit und die Staatsschuld in den Peripherie-Ökonomien ab. Dabei zeigen sich die Peripherie-Länder in dieser Hinsicht uneinheitlich. Spanien wies in der Vorkrisenzeit zeitweise sogar einen Budgetüberschuss auf. Gemeinsam haben Griechenland, Portugal und Spanien hingegen sehr hohe und tendenziell steigende Leistungsbilanzdefizite in den Vorkrisenjahren. In Griechenland und Portugal bewegte sich das Leistungsbilanzdefizit 2010 trotz sehr ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung mit 11,8% bzw. 9,8% des BIP immer noch weit jenseits der als kritisch geltenden Grenze von 5% des BIP. Spanien war mit einem Leistungsbilanzdefizit von 4,5% nahe dieser Grenze (Hrvatska narodna banka 2011: 12, Tab. 2.). Italien weist auch Leistungsbilanzdefizite auf, aber in einem deutlich moderateren Bereich. Finanziert wurden die Leistungsbilanzdefizite mit steigender Auslandsverschuldung, vor allem bei Banken der Zentrumsländer, wie Deutschland oder Frankreich. Die Auslandsverschuldung belief sich für Griechenland 2010 auf 179,6% des BIP, für Portugal auf 231,5% und für Spanien auf 165,3% des BIP (ibid.: 13, Tab. 3) – alles im internationalen Vergleich sehr hohe Werte. Irland weist eine noch höhere Auslandsverschuldung auf, diese ist jedoch Resultat der Überexpansion des dortigen Bankensektors.

Der ökonomische Mainstream diskutiert die Leistungsbilanzdefizite nur am Rande. Zur Behebung von privater und staatlicher Überschuldung ist die vom Mainstream forcierte extreme Austeritätspolitik sichtlich nicht geeignet. Sie verschärft die Verschuldungsprobleme durch Rezessions- und Deflationstendenzen sogar noch weiter – wie das griechische Beispiel deutlich zeigt. Über eine dramatische Reduktion der Binnennachfrage senkt die Austeritätspolitik hingegen kurzfristig sehr wohl

das Leistungsbilanzdefizit, obgleich diese Reduktion in den südeuropäischen Ländern trotz extremer Sparpolitik nur sehr langsam erfolgt. Dies lässt erkennen, wie defizitär die produktiven Strukturen sind. Damit setzt die Austeritätspolitik an den Symptomen eines Problems an, das in der offiziellen Debatte eigentlich als sekundär behandelt wird. Eine deutlich expansivere Politik der Überschussländer könnte eine Entlastung für die südeuropäischen Länder bringen, widerspricht jedoch dem tief-verankerten neo-merkantilistischen, auf Exportüberschüssen aufbauenden deutschen Modell. Selbst für Mainstream-Ökonomen mit einer ausgeprägten Pro-EU-Position, wie Christian Saint-Étienne (2011: 118ff.), ist ein Zerfall der Euro-Zone angesichts der durch die Krise noch verschärften divergenten Entwicklungsmodelle ein denkbare Szenario. In einem kürzlich veröffentlichten Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, einem zentralen deutschen außenpolitischen Think-Tank, diskutieren Sebastian Dullien und Daniela Schwarzer die möglichen Folgen eines Staatsbankrotts Griechenlands mit bzw. ohne Austritt aus der Euro-Zone. Ihr Resümee: Für die Euro-Zone wäre ein Staatsbankrott ohne einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone günstiger, für Griechenland hingegen das Szenario mit einem Austritt aus der Euro-Zone. »(D)enn im zweiten Fall besteht zumindest die Chance auf eine rasche Rückkehr zu Wirtschaftswachstum« (Dullien/Schwarzer 2011: 8).

Die Frage eines Austritts von peripheren EU-Ländern aus der Euro-Zone wird auch auf der Linken diskutiert. Eine Position hält einen Austritt aus der Euro-Zone für kontraproduktiv und plädiert für ein »kooperativ« angelegtes Transformationsprojekt und eine »Neugründung Europas« (Husson 2011: 303 bzw. 300). Diese Positionierung wird in dieser Kurswechsel-Nummer von Özlem Onaran argumentiert. Die Gegenposition betont die ungleichen Entwicklungsmuster in der EU und die enge Verschränkung von Mitgliedschaft in der Euro-Zone und Austeritätspolitik. Die ungleiche europäische Arbeitsteilung und die Verschuldungsfrage können aus dieser zweiten Perspektive progressiv in der Peripherie nur über einen Bruch mit der Euro-Zone angegangen werden (vgl. z.B. Lapavistas 2011, Nikonoff 2011). Diese Position wird in dieser Nummer von Annina Kaltenbrunner argumentiert. Mit den Voraussetzungen und Kernpunkten beider Strategien möchte ich mich im Folgenden kurz auseinandersetzen.

Die ParteigängerInnen einer »Neugründung Europas« verorten den zentralen Grund für die Krise in der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen. Die abnehmende Lohnquote habe, so Husson (2011: 300), die Finanzblase alimentiert. Den wirtschaftspolitischen Akzent legen VertreterInnen dieser Position auf eine europaweite Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik, auf eine Mobilisierung für eine deutliche progressivere Besteuerung, eine Sozialisierung des Bankensektors, ein Schuldenaudit sowie Schuldenstreichungen.

Mit der Einkommenspolarisierung und der damit einhergehenden steigenden KonsumentInnenverschuldung identifizieren sie eine zentrale Krisenursache. Die Einkommenspolarisierung ist meines Erachtens aber nur ein polarisierendes krisenverursachendes Element. Hinzu kommt die große räumliche Polarisierung. Diese spielt in der Argumentation von Husson (2011) oder Onaran eine eher untergeordnete Rolle. Sie verweisen auf die Lohndeflation in Deutschland, welche die Leistungsbilanzprobleme verschärft hat. Die partiellen Deindustrialisierungsprozesse an der EU-Peripherie gehen jedoch weiter zurück – bis in die Beitrittszeit in den 1980er Jahren (vgl. z.B. López/Rodríguez 2010: 161ff., Santos/Jacinto 2006, Stathakis

2010: 110). López und Rodríguez (2010: 161 f.) heben hervor, dass Zentrumsstaaten der EU im Kontext des spanischen EU-Beitritts eine empfindliche Beschneidung des industriepolitischen Spielraums der spanischen Regierung durchsetzten und industriepolitische Programme nicht zum Bestandteil der EU-Regionalpolitik wurden. Damit erfolgte eine Weichenstellung auf Tourismus und Immobilienwirtschaft. Diese Spezialisierungsmuster wurden durch die damalige Tendenz der Aufwertung der Peseta noch gestützt. Das monetäre Regime hat also schon damals bei der Deindustrialisierung und der strukturellen Peripherisierung der spanischen Ökonomie eine Rolle gespielt.

Der Beitritt zur Euro-Zone hat Muster der industriellen Peripherisierung in Griechenland, Portugal und Spanien weiter gefestigt. Mit dem Verlust der Abwertungsoption verloren die südeuropäischen Länder den letzten Schutzmechanismus gegen die überlegene Konkurrenz aus den Zentrumsökonomien, über den sie noch verfügten. Spiegelbildlich wurde durch die Schaffung der Euro-Zone die deutsche Exportindustrie noch gestärkt (Bellofiore et al. 2010). Die extrem restriktive deutsche Lohnpolitik vertiefte die Divergenzen noch weiter. Die Euro-Zone ist damit ein Musterbeispiel dafür, wie monetäre Normen asymmetrische Beziehungen in einer regionalen Gruppierung verfestigen (vgl. zum theoretischen Argument Byé/de Bernis 1987: 870ff.).

Das Festhalten an der vorherrschenden Geldnorm und die Drohung mit finanzieller Instabilität sind aktuell sowohl in den südeuropäischen Ländern der Euro-Zone wie auch in Osteuropa zentrales Element bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik. Dem Ziel des Verbleibens in der Euro-Zone bzw. der Beibehaltung der Währungsparität wird zum zentralen Politikziel, dem alle anderen Bereiche unterzuordnen sind. Extreme Austeritätspolitik und eine euphemistisch als »innere Abwertung« bezeichnete Lohnsenkungspolitik sollen die Beibehaltung der Währungsverhältnisse ermöglichen. Vor allem gegenüber den Euro-SchuldnerInnen in der Mittelschicht ist die Frage der Währungsparitäten ein massenwirksames Druckmittel. Die Verteidigung der Geldnorm ist das zentrale Disziplinierungsmittel. Als solches hat auch schon das Europäische Währungssystem in seinen Anfängen gewirkt. So stand die linkskeynesianische Wirtschaftspolitik der Regierung Mitterand Anfang der 1980er am Scheideweg: Ausscheiden aus dem EWS, um mit dem Leistungsbilanzdefizit fertigzuwerden, oder Umschalten auf eine Austeritätspolitik. Letztere Option wurde damals vom rechten Flügel der Sozialistischen Partei in der Regierungskoalition durchgesetzt (Steinhilber 2000: 15).

Der Zusammenhang von Konstruktion der Euro-Zone und ungleicher Wirtschaftsentwicklung sowie die Geldnorm als politisches Disziplinierungsinstrument werden von Husson oder Onaran kaum thematisiert. Zumindest der erste Punkt könnte allerdings in einer Erweiterung der Agenda einer Neuausrichtung der Integration in Form einer sehr aktiven, auf den jeweiligen Binnenmarkt zentrierten Industriepolitik in den peripheren Ökonomien zumindest hypothetisch angegangen werden. Allerdings zeigen historische Beispiele wie Italien oder – in einem staatssozialistischen, aber dezentralisierten Modell – Jugoslawien, wie schwer die Umkehrung von Peripherisierungsprozessen in sehr heterogenen Währungsräumen ist.

Eine solche Entwicklungskomponente beim Integrationsprozess hätte sehr starke Widerstände aus den neo-merkantilistischen EU-Ökonomien (z.B. Deutschland, Österreich, Niederlande) zu überwinden. Die deutsche Vereinigung gibt einige be-

denkenswerte Hinweise auf die Dynamiken einer heterogenen Währungsunion mit sehr massiven Transfers. Es hat zwar – über einige Jahre hinweg – einen Angleichungsprozess beim BIP pro Kopf gegeben, jedoch verbleibt dieses auch 20 Jahre nach der Vereinigung bei etwa 70% des Westniveaus (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 55). Große Defizite sind jedoch im industriellen Bereich geblieben. Im produzierenden Gewerbe lag 2008 die Bruttowertschöpfung in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin) nur bei 74,3% des Niveaus von 1989 (ibid.: Tab. A 10). Die strukturelle Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Sozialtransfers waren in den ostdeutschen Bundesländern besonders hoch. Die kürzlich in Deutschland eingeführte Schuldenbremse wird die ostdeutschen Bundesländer besonders hart treffen (Eicker-Wolf/Himpele 2011). Damit zeigt sich, dass die dominanten deutschen Kräfte nicht einmal mehr im nationalstaatlichen Rahmen ein ungleiches Entwicklungsmodell durch Transferzahlungen stützen wollen. Das zeigt dann auch die deutsche Melodie für Ausgleichszahlungen und -mechanismen im EU-Raum an. Für Optimismus gibt es keinen Anlass.

Ein weiteres zentrale Problem in der Argumentation von Özlem Onaran und Michel Husson ist die Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Das zentrale Mobilisierungsfeld Austeritätspolitik hat in Zentrum und Peripherie nicht denselben Kontext. In der Peripherie ist die Austeritätspolitik ganz eng mit der Frage der Mitgliedschaft in der Euro-Zone (Südeuropa) bzw. des Wechselkurses (große Teile Osteuropas) verbunden. Das gilt für die Zentrumsländer nicht in gleicher Weise. Özlem Onaran hebt zurecht hervor, dass die Austeritätspolitik in der Peripherie auch Konsequenzen für die Zentrumsökonomien haben wird. Allerdings gibt es hier eine Phasenverschiebung. Diese hat für die jeweilige Mobilisierungsfähigkeit jedoch erheblich Konsequenzen. Eine synchrone Mobilisierung erscheint sehr schwierig und ist bislang auch nicht erfolgt. Aufgrund der zentralen wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands würde der Erfolg der von Husson und Onaran vorgeschlagenen politischen Strategie sehr stark vom Ausmaß und Zeitpunkt einer eventuellen Mobilisierung in Deutschland abhängen.

Ein weiteres Hindernis stellt die starke Abschottung der EU-Institutionen gegenüber Druck von unten dar. Und die diversen Initiativen von der Verschärfung des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes, über das »Europäische Semester«, die Konditionierung von EU-Stützungsprogrammen für Mitgliedsländer in Finanzkrisen bis hin zu den jüngsten Vorschlägen für einen zwischenstaatlichen Fiskalpakt (diesen allerdings zumindest ohne Großbritannien) laufen über eine regelgebundene Wirtschaftspolitik auf eine systematische Entmachtung der Parlamente und eine massive Beschneidung progressiver Optionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf nationalstaatlicher Ebene hinaus (vgl. Klatzer/Schlager 2011). Über diese einschneidenden institutionellen Veränderungen wird Hussons Idee einer Neuorientierung der EU-Politik über gezielte nationalstaatliche Regelverletzungen (Husson 2011: 304) immer mehr erschwert. Der Europäischen Wirtschaftsregierung, die im Aufbau ist, geben die tonangebenden Kräfte in der EU zunehmend die Form eines technokratisch-autoritären Staates. Gegen den systematischen Demokratieabbau in der EU regt sich bislang noch sehr wenig Widerstand.

Für die Alternativstrategie eines Austritts aus der Euro-Zone ist die Abkehr Argentiniens von der Dollar-Bindung Anfang 2002 mit einem partiellen Schuldenmoratorium, einer späteren deutlichen Schuldenreduktion und einer Neuausrichtung

der Wirtschaftspolitik ein Stichwortgeber. Der Bruch mit der Dollar-Bindung öffnete einer neuen Wachstumsphase mit einer deutlichen Reduktion der Arbeitslosigkeit und Armut, nicht aber der hohen sozialen Ungleichheit den Weg. Das argentinische Beispiel wird derzeit in Griechenland intensiv diskutiert (Kouvelakis 2011: 32). Daher werde ich auf das argentinische Beispiel vergleichend etwas eingehen.

Die BefürworterInnen eines Austritts Griechenlands aus der Euro-Zone mit einer gleichzeitigen Einstellung der Schuldenbedienung erhoffen sich hiervon eine Wiedergewinnung währungs- und allgemein wirtschaftspolitischer Handlungsspielräume und bessere Möglichkeiten für einen Wiederaufschwung der produktiven Sektoren (vgl. z.B. Lapavistas 2011: 295f. und Kaltenbrunner in diesem Heft).

Lapavistas (2011: 295) hofft, dass die Ausweitung der monetären Turbulenzen in eine Bankenkrise vermieden werden könne. Annina Kaltenbrunner ist hier deutlich skeptischer. Meines Erachtens ist diese Skepsis auch angebracht. Ähnlich wie im Fall Argentinien ist zu erwarten, dass auch in Griechenland und anderen peripheren Ökonomien eine Zuspitzung der Krise und eine wahrscheinlicher werdende Abwertung zu einem Mittelabfluss bei den griechischen (ggf. anderen südeuropäischen) Banken führt. Erste Tendenzen in diese Richtung sind bereits erkennbar. Hiergegen müsste mit Kapitalverkehrs- und Grenzkontrollen sowie vermutlich mit zeitweiligen Beschränkungen bei den Abhebungen von den Konten reagiert werden. Dies hätte auf den Zahlungsverkehr erhebliche Auswirkungen. Auch die Frage der Festlegung der Konversionskurse für verschiedene Arten von Transaktionen wäre vermutlich sehr kontrovers und würde einen Rattenschwanz an Prozessen nach sich ziehen (vgl. Dullien/Schwarz 2011: 6ff., Teulings 2011: 82ff.). Die kurzfristigen Auswirkungen auf die Abkehr vom Currency Board und die massive Abwertung des Pesos waren in Argentinien auf das Finanzsystem und die Produktion massiv. Das BIP ging 2002 um etwa 11% zurück, Arbeitslosigkeit und Armut explodierten zunächst (Becker 2008: 164f.).

Im Fall Argentinien stimuliert die Abwertung einerseits den Export, der zusätzlich durch einen Boom der Rohstoffpreise beflügelt wurde, und die nun gegen konkurrierende Exporte bessere geschützte binnenorientierte Industrie. Griechenland hat keinen starken Exportsektor, welcher dem argentinischen agro-industriellen Komplex vergleichbar wäre, und auch die binnenorientierte Industrie scheint schwächer. Hingegen würde der Tourismus-Sektor wohl von einer Abwertung profitieren. Ich würde von einem Austritt aus der Euro-Zone und einer Abwertung südeuropäischer Länder in der Tendenz schwächere stimulierende Wirkungen erwarten als im Fall Ablösung vom US-Dollar und der Abwertung in Argentinien und Uruguay in den letzten Jahren. Argentinien und Uruguay zeigen allerdings auch, dass auf eine Währungsabwertung in einem sehr depressiven Umfeld kein anhaltender, stark inflationärer Schub folgen muss.

Die vermutbaren Turbulenzen bei einem Euro-Austritt dürften ein Grund dafür sein, dass sich große Teile der südeuropäischen Linken in der Frage eines Austritts aus der Euro-Zone eher zurückhaltend zeigen. Allerdings wird von einigen Kräften um die linke Syriza-Koalition herum wie auch von der außerparlamentarischen linken Gruppierung Antarsya eine Verbindung von Zahlungseinstellung, Aushandlung einer Schuldenreduktion und Austritt aus der Euro-Zone aktiv betrieben (Kouvelakis 2011: 29ff.). In Argentinien setzten sich auch Teile des Establishments für die Abwertung ein. Eine solche Tendenz ist in Griechenland nicht erkennbar. Die

Integration der dominanten Gruppen in den EU-Machtblock ist stark. Auch der internationale Kontext erscheint deutlich komplizierter als im Fall Argentiniens (vgl. Kouvelakis 2011: 32). Die Frage, inwieweit aus einem Austritt aus der Euro-Zone eine Dynamik in Richtung eines Austritts oder Herausgedrängtwerdens aus der EU folgen könnte, wird von den VertreterInnen der Option eines Verlassens der Euro-Zone nicht thematisiert.

Trotz der skizzierten Schwierigkeiten scheint mir ein Austritt aus der Euro-Zone eine legitime – vermutlich sogar notwendige – Option. Die Heterogenität in der Euro-Zone und in der EU macht aus meiner Sicht differenzierte Strategien erforderlich.

## Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): Deutsche Zweiheit – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik, Köln.
- Becker, Joachim (2008) Zyklen von Finanzialisierung, Krise und Exportorientierung. Argentinien, Brasilien und Uruguay. In: Küblböck, Karin/ Staritz, Cornelia (Hg.) Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung, Hamburg, 159-174 .
- Bellofiore, Riccardo/ Garibaldi, Francesco/ Halevi, Joseph (2010) The global crisis and the crisis of European neo-mercantilism. In: Panitch, Leo/Albo, Greg/Chibber, Vivek (Hg.) Socialist Register 2011: the crisis this time, London u.a.O., 120-146.
- Byé, Maurice/ de Bernis, Gérard Destanne (1987) Relations économiques internationales, Paris (5. Aufl.).
- Dullien, Sebastian/ Schwarzer, Daniela (2011) Gefährliches Spiel mit dem Euro-Ausstieg. SWP-Aktuell 54, Berlin.
- Eicker-Wolf, Kai/ Himpele, Klemens (2011) Die Schuldenbremse als politisches Projekt, in: Prokla, 41(2), 195-212.
- Hrvatska narodna banka (2011) Financijska stabilnost. No.7. Zagreb.
- Husson, Michel (2011) Exit or voice? A European Strategy of Rupture, in: Panitch, Leo/ Albo, Greg/ Chibber, Vivek (Hg.) Socialist Register 2012. The Crisis and the Left. London u.a.O., 298-306.
- Klatzer, Elisabeth/ Schlager, Christa (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution, in: Kurswechsel 1/2011, 61-81.
- Kouvelakis, Stathis (2011) The Greek Cauldron, in: New Left Review 72, 17-33.
- Lapavitsas, Costas (2011): Default and Exit from the Euro-Zone : A Radical Left Strategy, in: Panitch, Leo/ Albo, Greg/ Chibber, Vivek (Hg.) Socialist Register 2012. The Crisis and the Left. London u.a.O., 288-297.
- López, Isidro/ Rodríguez, Emmanuel (2010) Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959–2010), Madrid.
- Nikonoff, Jacques (2011) Sortons de l'euro! Restituer la souveraineté du peuple. O.O. (Paris).
- Saint-Étienne, Christian (2011) La fin de l'euro. Paris (2. korrigierte und erweiterte Aufl.).
- Santos, Vitor/ Jacinto, Ana (2006) A industria portuguesa: Desindustrialização – progresso ou declínio? In: Romão, António (Hg.): A economia portuguesa 20 anos após a adesão. Coimbra, 184-213.
- Stathakis, George (2010) The fiscal crisis of the Greek economy, in: Kurswechsel 3/2010, 109-114.
- Steinhilber, Jochen (2000) Die »Grande Nation« und das »Haus Europa«. Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg, Hamburg.
- Teulings, Coen et al. (2011) Europa in crisis. Het Centraal Planbureau over schulden en de toekomst van de eurozone, Amsterdam.